

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Delia Susanne Klages (AfD)

**In Deutschland gibt es immer mehr Straftäter im Maßregelvollzug**

Anfrage der Abgeordneten Delia Susanne Klages (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 15.03.2023

In allen Bundesländern ist der Maßregelvollzug - auf die Behandlung suchtkranker Straftäter spezialisierte Fachkliniken - überbelegt. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur. Weil die Straftaten mit Drogen- oder Alkoholmissbrauch zusammenhängen, werden Straftäter vermehrt in solche Entziehungsanstalten eingewiesen. In den letzten Jahren sind die Zuweisungszahlen deutlich gestiegen. Die Presse berichtet von rund 1 250 Betten im Maßregelvollzug in Niedersachsen sowie von einer Überbelegung mit 1 300 Straftätern im Februar 2023.

1. Wie hoch ist der Anteil der Urteile (in Prozent), die zu einer Unterbringung im niedersächsischen Maßregelvollzug führen?
2. Wie haben sich die Zahlen in den letzten zehn Jahren entwickelt?
3. Wie haben sich die Planbetten im Maßregelvollzug im gleichen Zeitraum entwickelt?
4. Wie ist der niedersächsische Maßregelvollzug personell ausgestattet?
5. Wie hat sich die personelle Ausstattung im Maßregelvollzug in den letzten zehn Jahren entwickelt?
6. Wie schätzt die Landesregierung den Bedarf für Betten im Maßregelvollzug für die nächsten fünf Jahre ein?
7. Gibt es vonseiten der Landesregierung ein Konzept für eine mittel- und langfristige Bedarfsdeckung an Betten im Maßregelvollzug?
8. Beinhaltet das Konzept gegebenenfalls auch eine personelle Anpassung? Wie sieht diese aus?
9. Geht die Landesregierung zukünftig von einem höheren Bedarf im Hochsicherheitsbereich aus?
10. Wie viele Betten sind mittel- und langfristig im Hochsicherheitsbereich nach Ansicht der Landesregierung notwendig?
11. Hat die Landesregierung Kenntnis über die aktuelle Personalsituation im Hochsicherheitsbereich?
12. Ist die Personalsituation nach Einschätzung der Landesregierung bedarfsgerecht?
13. Wenn die Antwort „nein“ lautet: Welche Maßnahmen hat die Landesregierung vorgesehen, um die Personalsituation zu verbessern?
14. Wie schätzt die Landesregierung die zukünftigen Personalbedarfe im Hochsicherheitsbereich ein?

(Verteilt am 16.03.2023)